



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/154 - 8.7.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Auslandsstimmen zum <u>Generalvertrag</u>	S. 1
Wird Stevenson Präsidentschaftskandidat?	S. 3
CDU-Dokumentation <i>Bodenskiner</i>	S. 5

## Von draussen gesehen

(sp) Die Propagandisten der Bundesregierung zeichnen sich durch eine bemerkenswerte Zurückhaltung aus, wenn es um die ausländischen Reaktionen auf den Generalvertrag geht. Das hat seinen guten Grund. Es gibt nämlich fast keine Lobrede auf die Westverträge, der nicht ein ernüchternder ausländischer Kommentar gegenübergestellt werden kann. Vor allem aber wird in angesehenen Presseorganen der Vereinigten Staaten immer häufiger die Frage aufgeworfen, ob es weise war, die ganze in den Generalvertrag ausmündende Politik auf einen Mann in Deutschland abzustellen.

Als die Verträge im Mai im wesentlichen fertig waren, sagte Drew Middleton, der Deutschland-Korrespondent der "New York Times", ein Absinken der Popularität Adenauers voraus: "Denn wenn die Deutschen beginnen, ihren neuen Status zu überprüfen, werden sie feststellen, dass er bedeutend weniger darstellt, als sie ursprünglich erwarteten oder forderten". In London schrieb der Leitartikler der "Times", dass die Westverträge "nicht ratifiziert werden sollten, bevor das sowjetische Angebot nicht gründlich geprüft worden ist".

In Frankreich bezeichnete es der Schriftsteller Bertrand de Jouvenel als den Traum seiner Landsleute seit 1870, eine

westliche Konföderation vorwiegend katholischer Bestandteile Deutschlands zu schaffen: "Das war Utopie. Die Utopie ist jedoch Wirklichkeit geworden. Es ist schwer, sich irgendeinen Vortrag über das deutsche Problem vorzustellen, der für Frankreich günstiger ist als das Vertragswerk von Bonn und Paris".

In der exil-polnischen Zeitschrift "Dziennik Polski" beschäftigte sich der Publizist Alexander Bregman mit dem Vertragswerk und kam zu dem Ergebnis, die "Petrifizierung", d.h. die Versteinigung der Teilung Deutschlands sei "nützlich für Polen". General W. Anders äusserte: "In Zukunft werden die beiden deutschen Regierungen so viel miteinander auszufechten haben, dass sie auf den Drang nach dem Osten notgezwungenerweise werden verzichten müssen".

Der bekannte amerikanische Kommentator Walter Lippmann gab in der "New York Herald Tribune" der Meinung Ausdruck, die Regierung Adenauer habe "mit ihrer Hauptstadt in Bonn schon durch ihre Natur bedingt ein festgefügtes Interesse an der Fortsetzung der Teilung Deutschlands". Nach Lippmanns Auffassung würden die Vereinigten Staaten "niemals die Initiative in Deutschland und in Europa zurückverlangen, solange wir an einer Politik festhalten, deren Bestand allein von der fortgesetzten Teilung Deutschlands abhängt".

In der "Saturday Evening Post" hatte James O'Donnell schon vor einiger Zeit die These vertreten: "Wir könnten unsere Divisionen nur bekommen, indem wir die Teilung Deutschlands endgültig anerkennen". Die Bonner Regierung stütze seiner Meinung nach "alle ihre Handlungen auf die These, dass die Teilung Deutschlands eine ständige sein wird". Die Westmächte hätten, "um ihre Politik in Westdeutschland durchführen zu können, einen Konrad Adenauer erfinden müssen, wenn es ihn nicht bereits gegeben hätte".

"The Reporter" veröffentlichte eine Studie von Don Cook, der es als "die Tragödie der alliierten Politik" und des politischen Geschehens in Deutschland bezeichnete, "dass wir auf einen einzigen Mann setzen, zudem einen ziemlich alten Mann, der einem ständig stärker werdenden innerpolitischen Wind ausgesetzt ist".

Dieses Thema war auch schon vom Londoner "Economist" abgehandelt worden, als er feststellte, die heutige Politik der Westmächte gegenüber Deutschland laufe auf "ein Glückspiel mit hohem Einsatz auf Dr. Adenauer" hinaus. Die Politik des gegenwärtigen Bundeskanzlers erfordere, dass er "mit Westeuropa zu einem vollen Einvernehmen kommt, bevor er den Weg nach Berlin findet".

Das sind einige Beispiele aus einer Fülle anderer ähnlicher Stimmen. Sie alle sollten dazu beitragen, einen schärferen Blick für die ausserordentliche Gefährlichkeit der im System des General- und EVG-Vertrages zusammengefassten aussenpolitischen Konzeption des Bundeskanzlers zu bekommen. Im Auslande ist die Fähigkeit, die Zusammenhänge und Motive dieser Politik zu erfassen, wie man sieht, weit verbreitet. In der Bundesrepublik selbst wirkt ihr ein intensiver Propagandafeldzug der Regierung, der den wahren Sachverhalt mit Eifer vernebelt, systematisch entgegnet.

DOCH NOCH GOUVERNEUR STEVENSON ?

Vor der Entscheidung bei der Demokratischen Partei in USA

H.St., New York, i. Juli

Die amerikanische Innenpolitik, daran muss man von Zeit zu Zeit immer wieder erinnern, wird von der Tatsache beherrscht, dass die Demokratische Partei, unter Roosevelt wie unter Truman die gemässigt-fortschrittliche "Linke" repräsentierend, seit nunmehr genau 20 Jahren ununterbrochen am Ruder ist, womit allmählich die logischen Grundlagen des amerikanischen Zwei-Parteiensystems unterhöhlt werden, das ja auf der Abwechselung beider Parteien in der Regierung beruht.

Es gab daher auch bis vor kurzem klarsehende demokratische Politiker, die der Meinung waren, ein republikanischer Sieg bei den kommenden Präsidentenwahlen sei ganz in der Ordnung; die etwas abgekämpften Demokraten könnten sich dann einige Zeit im "Jungbrunnen der Opposition" erholen und das nächste Mal, 1956, mit frischen Kräften den Kampf um die Macht wieder aufnehmen. Diejenigen Demokraten, die so dachten, unterstellten dabei, dass der erwählte Bannerträger der Republikaner General Eisenhower sein würde: ein in seinen innenpolitischen Ansichten gemässigter, erfahrener und verantwortungsbewusster Konservativer und ein strikter Gegner jeglichen Hinneigens zu Rechts-Extremismus und Isolationismus.

Nun hat sich aber in den letzten Monaten herausgestellt, dass Eisenhower, der alle diese Eigenschaften besitzt, bei weitem nicht in den Massen der Republikanischen Parteianhängern jenen spontanen Enthusiasmus geweckt hat, von dem seine Freunde geträumt hatten. Viele, namentlich jüngere, Republikaner haben sich um ihn geschart, und auch aus der fluktuierenden Menge der Parteilosen und Unabhängigen ist ihm ermutigende Unterstützung gewiss. Aber auf der anderen Seite steht nicht nur fast die gesamte Parteibürokratie, sondern auch der Kern der republikanischen Parteimitgliedschaft in den alten isolationistischen Hochburgen des Mittelwestens und des "Weizengürtels" westlich des Mississippi. Unter diesen Umständen war nicht zu vermeiden, was passierte: dass ein unerbittlicher Fraktionskampf Taft-Eisenhower die gesamte Republikanische Partei bis an den Rand der Spaltung führte. In den Augen der unbeteiligten Zuschauer, gerade auch bei den "Parteilosen und Unabhängigen", auf die Eisenhower spekulierte, musste das einen abstossenden Eindruck machen, - und in

der Tat liegen schon viele Anzeichen vor, dass der grosse Nutzniesser dieses Fraktionsstreites die gegnerische Demokratische Partei ist. Entscheiden sich die Republikaner für Taft, dann ist der Rechtsdruck der Partei vollständig und die liberalen Elemente werden apathisch werden oder gar in der abgeschlossenen Stille der Wahlzelle für die Demokraten stimmen.

Aber auch wenn es Eisenhower schliesslich doch noch schafft, dann wird er doch ein Gefangener der "alten Garde" seiner Partei sein, der Taft-Gefolgsleute im Parteivorstand und in den Parteikomitees, und die gleichzeitig zur Wahl stehenden republikanischen Senats- und Abgeordnetenhaus-Kandidaten werden weitgehend zum konservativ-isolationistischen Parteiflügel gehören. Und Eisenhower selber wird einige Konzessionen nach rechts machen - er hat damit schon vorsorglich begonnen. Für jedermann im Volk, der nicht konservativ, nicht isolationistisch, nicht schutz-zöllnerisch, nicht altväterlich-patriarchalisch denkt und fühlt, ist im republikanischen Lager kein Platz - ganz gleich, ob Taft oder Eisenhower dort der Erwählte ist-

Der mörderische Bruderkampf bei den Republikanern hat im demokratischen Lager Gouverneur Stevenson auf den Plan gerufen. Stevenson, ein ehemaliger Rechtsanwalt und langjähriger Diplomat, seit 1948 Gouverneur des Staates Illinois, gilt als bester Nachwuchsmann der Demokraten: treuer Anhänger des Roosevelt-Truman-Fortschrittkurses, dabei aber versöhnlich und geschickt genug, um auch bei dem konservativen Parteiflügel im Süden des Landes akzeptabel zu sein; guter Redner, persönlich beliebt, bei den Gewerkschaften gut angesehen, und als Reform-Mann und Administrator in Illinois bewährt. Aber er hatte sich darauf kapriziert, wieder Gouverneur von Illinois zu werden, für einen zweiten Amtstermin; dahinter stand der Entschluss, eine von Eisenhower geführte Republikanische Partei ruhig einmal auf die Dauer von vier Jahren ans Staatsruder kommen zu lassen. Die rapide Rechtsentwicklung der Republikaner hat ihn bewogen, diese ruhige philosophische Betrachtung an den Nagel zu hängen.

Weiter sind bei den Demokraten: Harriman, Kefauver und Russell die zurzeit führenden Anwärter. Aber die Volksmassen und auch die routinier-ten Parteibürokraten ziehen Stevenson vor nach individuellem Format, seiner Anziehungskraft auf die Wähler, den intellektuellen Gaben und der staatsmännischen Reife. Er hat lediglich durchblicken lassen, dass, wenn der Parteitag ihn rufen sollte, er einem solchen Ruf Folge leisten wird. Die traditionelle Spaltung im demokratischen Lager zwischen fortschrittlichem Norden und konservativem Süden ist bei weitem geringer als der entsprechende Gegensatz zwischen Taft und Eisenhower bei den Republikanern - und unter geschickter Führung kann die Partei, die seit 20 Jahren Amerika regiert, auch den magischen Nimbus Eisenhowers ausbalancieren. Stevenson wäre der Mann dafür.

Christlich-demokratische Dokumentation

(sp) Der parteioffizielle Archivdienst der CDU-CSU berichtet seinen Beziehern in der neuesten Ausgabe, das M.d.B. Bodensteiner habe gegenüber der CSU-Landesgruppe eine Erklärung abgegeben, in der er sich scharf gegen Missdeutungen seiner kürzlichen Ausführungen zur Politik des Bundeskanzlers durch die Opposition wendet. Bodensteiner bleibe somit Mitglied der CSU-Landesgruppe. Der Dienst gibt dann den angeblichen "Wortlaut" der Bodensteiner-Erklärung in zweiundzwanzig Druckzeilen wieder und verschweigt dabei einen Satz, bei dessen Wiedergabe sich anscheinend selbst dem offiziellen CDU-Archivar die Feder gestäubt zu haben scheint. Wir wollen ihn für wahrheitsliebende christliche und andere Demokraten festhalten. Er lautet nämlich: "Ich bin bereit, in Zukunft schriftliche Verlautbarungen, welche eine Kritik an der Regierungspolitik darstellen, einigen noch zu bestimmenden Kollegen der Landesgruppe der CSU vor der Veröffentlichung vorzulegen und ihre Einwendungen gegen meine Kritik zu berücksichtigen".

+

Die Partei des gegenwärtigen Kanzlers, die der Gewissensfreiheit ihrer Abgeordneten diese höchst bemerkenswerte Auslegung gegeben hat, stellt durch ihren Informationsdienst auch die imponierende Behauptung auf: "Die CDU ist die einzige deutsche Partei von Bedeutung, deren Gründung bis in alle Einzelheiten dokumentarisch festliegt". Das sollte - so könnte man meinen - bei der jüngsten deutschen Partei eigentlich nicht schwer sein, denn wie sie selbst verkündet, stammt das "älteste aller CDU-Programme" schon aus dem Juni 1945! Und nun werden alle Landesparteien aufgerufen, "die Entstehungsgeschichte baldigst festzuhalten, damit endlich ein Gesamtbild der Partei entworfen werden kann".

---

Verantwortlich: Peter Raunau